Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 27 (1935)

Heft: 1

Vorwort: Tagesfragen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE
RUNDSCHAU
FÜR DIE SCHWEIZ

Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Beilage „Bildungsarbeit", Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale

No. 1 Januar 1935 27. Jahrgang

Tagesfragen.

Die Jahreswende 1934/35 fällt in eine Zeit scharfer wirtschaftlicher und politischer Spannungen. Die Weltwirtschaft weist zwar auf manchen Gebieten unbestreitbar Auftriebskräfte auf. In einzelnen Ländern haben sie sich teilweise durchgesetzt und zu einer Steigerung der Produktion und einer allerdings weniger ausgeprägten Verminderung der Arbeitslosigkeit geführt. Doch die politische Unsicherheit, namentlich die Kriegsgefahr in allen Erdteilen, ferner die in unverminderter Schärfe andauernde Kreditkrise hält die Wirtschaft immer noch darnieder. Wenn auch die Welt sich nicht plötzlich in einen Haussestrudel stürzen wird, wie einzelne glauben, so liegt doch eine Ueberwindung der Krisenschlucht im Bereich der Möglichkeit, sobald die schwersten politischen Hemmnisse aus dem Wege geräumt werden. Eine weitere Voraussetzung bildet allerdings auch die Einstellung des Preis- und Lohndrucks. Doch hier kann festgestellt werden, dass in den meisten Ländern die Einsicht so weit vorgeschritten ist, dass eine Abkehr von der deflationistischen Wirtschaftspolitik eingetreten ist.

*

Die Schweiz hat sich bis jetzt ganz ordentlich durch die Krise durchgeschlagen im Vergleich zu andern Industriestaaten, die zwei, drei oder gar fünfmal so viele Arbeitslose zählen auf tausend Einwohner. Es ist das neben andern günstigen Umständen dem zu verdanken, dass die offizielle Wirtschaftspolitik bisher trotz der theoretischen Anpassungsmanie der Behörden und bei allen Zickzackwendungen in der Wirtschaftspolitik praktisch eher den Weg der Stützung der Einkommen eingeschlagen hat. In bezug auf die Preise hat das zur Folge gehabt, dass seit etwa zwei Jahren keine Senkung mehr erfolgt ist. Der Grosshandelsindex steht heute noch

genau so hoch wie im Dezember 1932; der Index der Kleinhandelspreise hat sich seit im April 1933 von 131 auf 129 ermässigt, also um 1½ Prozent. Die Preise sind also seit zwei Jahren stabilisiert, und in dieser Zeit hat sich auch die Produktion nicht wesentlich verändert.

*

Die Aarauer Rede von Bundesrat Schulthess scheint hierin eine Wendung anzukündigen. Wir sagen « scheint », weil wir es für unwahrscheinlich, wenn nicht für unmöglich halten, den Weg zu gehen, den der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements in völliger Missachtung seiner bisherigen Arbeit vorzeichnet. Es ist ja schon schlimm genug, dass er von einer Senkung des schweizerischen Preisniveaus gesprochen hat. Schon das allein wirft unser Land in eine neue Verschärfung der Krise. Die Zurückhaltung der Käufer und des Handels hat bereits zu einer verhängnisvollen Produktionsstockung in Industrie und Gewerbe geführt. Würde der angekündete Abbau von 20 Prozent tatsächlich durchgeführt, so müsste eine wirtschaftliche Katastrophe über unser Land hereinbrechen, ähnlich wie im Norden und Süden unserer Grenze.

*

Die Verachtung des Volkswillens, die der Bundesrat in dieser Frage an den Tag legt, wird die Kluft zwischen Volk und Behörden und die soziale Spannung noch vergrössern. Sie zeigt sich vor allem darin, dass der Bundesrat in einer Frage, in der das Volk schon einmal eindeutig seine Meinung kundtat, eine direkt entgegengesetzte Politik einschlagen will, wobei er auch das Volksbegehren, das von einer Drittelmillion Bürger unterzeichnet wurde und das eine energische Bekämpfung der Krise sowie den Schutz des Arbeitseinkommens verlangt, als Papierfetzen behandeln möchte. Wir haben allerdings den Eindruck, dass die starke Hand, mit der man da eingreifen will, kein Anzeichen eines zielbewussten Regierungskurses ist, sondern nur verdecken muss, in welcher vollkommenen Ratlosigkeit sich die oberste Landesbehörde befindet. Sie ist momentan der Bearbeitung durch die einseitigen Kapital- und Exportinteressen erlegen und bereit, 80 oder 90 Prozent unserer schweizerischen Wirtschaft zu opfern, um einem unerreichbaren Ziel nachzujagen. Die Mehrheit der Bundesversammlung spielt dabei eine klägliche Rolle. Sie nimmt zuerst, erschreckt vor dem Abgrund, den sie vor sich sieht, Abstand vom Aarauer Kurs, um am andern Tag kniefällig Abbitte zu leisten — weil sie nicht imstande wäre, einen neuen Volkswirtschaftsminister zu stellen. Da ist es nicht erstaunlich, wenn breite Massen sich voll Verachtung von einem solchen Parlamentarismus abwenden.

Bundesrat Schulthess selbst hat seine Demission angekündigt auf nächstes Frühjahr. Man will nun in einzelnen Zeitungen den Anschein erwecken, als ob das Volk und wohl auch die Arbeiterschaft ein grosses Interesse daran hätte, dass Herr Schulthess weiter im Bundesrat bleibt, da er doch vieles geleistet habe auf sozialem Gebiet. Dazu möchten wir erklären, dass für die Gewerkschaften die Person absolut keine Rolle spielt. Es handelt sich für uns einzig und allein um die Sache, d. h. um den Kurs der Wirtschaftspolitik. Und in dieser Beziehung kann nicht der geringste Zweifel bestehen über unsere Haltung. Wir werden jedem Bundesrat, der für die Abbaupolitik eintritt, gleichgültig, wie er heisst und was er früher geleistet oder nicht geleistet hat, den schärfsten Kampf ansagen müssen. Wir achten jede ehrliche Ueberzeugung; allein wir werden ihm auch das Recht bestreiten, als Bundesrat weiter zu amten, wenn er sich in Gegensatz zur Volksmehrheit stellt und eine Politik verfolgt, die nur den Interessen des Grosskapitals dient.

*

Der dringliche Bundesbeschluss in der Bundesbahnfrage zeigt ebenfalls, wie sehr Bundesrat und Parlamentsmehrheit von allen guten Geistern verlassen sind. Herr Pilet und alle, die die Lage der Bundesbahnen richtig zu beurteilen vermögen, sind sich sicher im klaren, dass dieser Dringlichkeitsbeschluss für die finanzielle Sicherung der SBB nichts, aber auch gar nichts bedeutet. Sie hatten aber nicht den Mut, den eingeschlagenen falschen Weg zu verlassen; um ihr Prestige zu retten, musste der Beschluss durchgezwängt werden. Einen Sinn haben kann der Beschluss nur als Vorbereitung eines Angriffs auf die Arbeitsbedingungen des Personals. Dazu wird jedoch die Arbeiterschaft auch noch etwas zu sagen haben.

*

Im Volk liegt unsere Kraft. Wir haben nie erwartet, dass Bundesrat oder Bundesversammlung in ihrer heutigen Zusammensetzung gewillt und imstande wären, die Forderungen des arbeitenden Volkes auf wirksame Krisenbekämpfung durchzuführen. Was man von ihnen immerhin hätte erwarten dürfen, ist das, dass sie den Mut und die demokratische Sauberkeit aufbrächten, sich dem Volksentscheid zu stellen und nicht gegen den Willen der Volksmehrheit zu regieren, oder schliesslich, wenn sie glauben, das nicht verantworten zu können, die Konsequenzen zu ziehen. Das scheint aber nach den bisherigen Erfahrungen nicht der Fall zu sein. Das Volk wird sich daher selbst helfen und die Rechnung präsentieren müssen im Herbst dieses Jahres. Die entscheidende Frage im Nationalratswahlkampf muss die sein: Soll die Forderung der Gross-

industrie und Finanz auf weitern Preis- und Lohnabbau durchgehen oder sollen die Interessen der grossen Volksmehrheit gewahrt werden? Gelingt es, die Entscheidung nach diesen Parolen herbeizuführen und eine Verwirrung durch Parteidogmen, Bolschewikiteufel u. dgl. zu verhindern, dann wird das Jahr 1935 das wirtschaftspolitische Gesicht der Schweiz wirksam verändern.

Demokratie und Gewerkschaften.

Von Robert Bratschi.

Demokratie oder Diktatur ist kein taktisches Problem, sondern eine Frage von höchster grundsätzlicher Bedeutung. Es geht nicht um eine Form, in die man einen beliebigen Inhalt giessen kann. Es geht um den Lebensinhalt der Menschen selbst. Art und Wesen des Zusammenlebens der Menschen im Staat als höherer Gemeinschaft stehen im Spiel. Ob dieses Zusammenleben auf dem Prinzip der Freiheit und Selbstbestimmung eines Volkes aufgebaut sein soll, oder ob ein Einzelner oder doch eine Minderheit das Schicksal der andern nach eigenem Ermessen zu bestimmen hat, das ist die Frage. Das aber sind wichtigste Prinzipien, nicht nur taktische Streitigkeiten.

Zwischen Organisationen eines Staatswesens, deren Anschauungen und Bestrebungen in der Frage der Form des Staates, dessen Schutz sie geniessen, nicht Uebereinstimmung besteht, ist eine fruchtbare Zusammenarbeit nicht möglich. Eine Organisation, die die bestehende Form des Staates, in dem sie lebt, als grundsätzlich falsch ansieht und daher mit allen Mitteln ändern oder vernichten will, kann nicht mit einer Organisation zusammenarbeiten, die die Form des gleichen Staates grundsätzlich als richtig anerkennt und daher erhalten will. Die vorübergehende, rein auf Gründen der Zweckmässigkeit begründete Anerkennung des demokratischen Staates einer grundsätzlich antidemokratischen Organisation, kann an dieser Tatsache nichts ändern. Eine solche Organisation will den demokratischen Staat als Mittel zum Zweck benutzen. Sie nützt die Freiheiten und Rechte der Demokratie aus, um den Kampf gegen die Existenz der Demokratie selbst zu führen und auf ihren Trümmern eine Diktatur errichten zu können. Wer so die Plattform der Demokratie benützt, um die Demokratie selbst zu beseitigen, ist schlimmer als der offene Gegner. Es handelt sich hier um offensichtlichen Missbrauch der Freiheiten und Rechte und um einen mit weniger ehrlichen Mitteln geführten Kampf. Ist die fruchtbringende Zusammenarbeit zwischen Organisationen aber nur möglich, wenn die Anschauungen wenigstens in den Grundfragen, Demokratie oder Diktatur, übereinstimmen, so ist sie ganz ausgeschlossen, wenn auf der einen Seite die Ehrlich-